

terlassen. Wir unterstellen Gott nicht metaphysischen Bedingungen.

Aber was ist zu Thomas Frage, »ob die Menschwerdung dem Geist des Alten Testaments widerspreche oder nicht« (S. 198) zu sagen? Hier können wir m. E. nicht klar mit Ja oder Nein antworten. Der Gott der Hebräischen Bibel ist jemand, der mit dem Menschen in Beziehung tritt. Er hat Beweggründe und Erwartungen; einige von diesen sind erfüllt, andere nicht. Von Zeit zu Zeit kommt er von seinem Aufenthaltsort herunter auf die Erde und kann sich an speziellen Orten der Erde aufhalten. Einige von diesen werden seine Wohnstatt auf Erden, z. B. der Tempel in Jerusalem. Selbst wenn diese Ausdrücke nicht ganz buchstäblich zu verstehen sind, müssen sie doch, sollen sie nicht ihren erkennbaren Sinn ganz verlieren, etwas von ihrer normalen Bedeutung behalten. Wenn dem aber so ist, dann haben wir es mit einem Gott zu tun, der dem Menschen nicht ganz unähnlich ist, der aber auch kein Mensch ist.

Es gibt aber auch noch eine gute Begründung für die Schärfe der jüdischen Ablehnung der Menschwerdung. Wenn Gott in der Hebräischen Bibel dem Menschen auch noch so nahe kommt, wenn er auch noch so einbezogen wird in menschliche Hoffnungen und Ängste – so bleibt er doch der ewige Richter des Menschen, dessen Natur zwar im Bilde Gottes ist (vgl. Gen 1, 26 f.), der aber nicht mit Gott vermischt werden darf. Es ist für einen Menschen leicht, diesen Unterschied zu ignorieren und sich selber als Herrn seines eigenen Schicksals zu sehen. Wenn er so handelt, erinnert ihn Gott an seine Geschöpflichkeit und an die Grenze seiner Macht. Weil er nicht nur eine Marionette in Gottes Hand, sondern ein Gesprächspartner seines Schöpfers ist, ist er Gott gewiss nicht in irgendeinem Sinne ebenbürtig. In diesem Licht kann die Aussage, ein menschliches Wesen sei Gott gewesen, nur tiefste Beunruhigung in der jüdischen Seele auslösen.

Zwar ist es richtig, dass man Gott ein Dasein im Raum zuschreiben kann. Gleichzeitig aber dürfen wir die Verwerfung des Götzendienstes durch die Propheten nicht aus den Augen verlieren. Dieser besteht in seiner einfachsten Form in der Verehrung von Bildern, die aus Holz geschnitzt oder aus Stein gehauen sind. Eine andere Art von Götzendienst ist die Verehrung von Himmelskörpern, wie Sonne, Mond oder Sterne. Kein Leser der Hebräischen Bibel kann sich grosser Furcht vor göttlicher Verehrung materieller Wesen entziehen. Zwar ist es auch wahr, dass der von den Propheten angeprangerte Götzendienst die Verehrung eines Menschen als Gott nicht einschloss. Es ist aber nicht schwer, einzusehen, dass es für Juden sehr schwierig ist, zuzugeben, die materielle Natur eines Menschen sei Gott gewesen. Es muss daran erinnert werden,

dass es in der christlichen Lehre der Inkarnation nicht darum geht, Gott habe nur wie ein Mensch ausgesehen (Doketismus), sondern er sei ein menschliches Wesen geworden mit einem wirklichen, nicht nur scheinbaren Körper.

Das sind einige Themen, die von Thoma und Mussner in deren tiefgründigen und wichtigen Beiträgen zum jüdisch-christlichen und besonders zum jüdisch-katholischen Dialog diskutiert werden. Es ist klar, dass mit der Publikation dieser Werke ein neues Stadium im Dialog zwischen Judentum und Christentum erreicht worden ist. Darin zeigen sich auch die Grenzen, die christlichem Denken in der Beziehung beider Glaubensgemeinschaften auferlegt sind. Diese Sichtweisen sind nicht dieselben wie jene der Majorität oder gar der Kirchenführung. Ein Beispiel dafür ist die Enzyklika »Dives in Misericordia« von Papst Johannes Paul II.⁴, in welcher folgender Passus vorkommt:

»Nicht umsonst beanstandete Jesus bei seinen Zuhörern, die den Lehren des Alten Testaments treu waren, die Haltung, die in dem Spruch zum Ausdruck kommt: »Auge für Auge und Zahn für Zahn«. Das war die damalige Form, die Gerechtigkeit zu verfälschen, und die heutigen haben sie zum Modell.«⁵

Die Schwierigkeit mit diesem Abschnitt ist zweifach: Erstens ist es gut bekannt, dass »Auge für Auge« im Judentum der Zeit Jesu eine finanzielle Kompensation meinte, während obiger Abschnitt voraussetzt, diese sei im buchstäblichen Sinn geschehen. Tatsächlich gibt es keine Beweise dafür, dass »Auge für Auge« im Judentum jemals anders als auf finanzielle Kompensation hin interpretiert worden ist. Zweitens ist es schwer, einzusehen, wie ein Vers der Hebräischen Bibel, die Christen doch als von Gott inspiriert annehmen, als Verfälschung der Gerechtigkeit bezeichnet werden kann. Es gibt auch noch andere Teile in der gleichen Enzyklika, die das gängige katholische Denken über die Hebräische Bibel widerspiegeln. Obwohl der jüdische Einwand gegen den Abschnitt »Auge für Auge« dem Vatikan seitens des American Jewish Congress zur Kenntnis gebracht wurde, unternahm der Vatikan bis heute (Februar 1982) keine Schritte zur Korrektur.

Es kann nur gehofft werden, dass die Arbeiten von Clemens Thoma und Franz Mussner auf allen Ebenen der katholischen Kirche Wirkung haben werden. Jüdisches Denken muss darauf antworten, und zwar im Detail und im gleichen Geist, in dem diese beiden Bücher geschrieben sind.

⁴ Sie erschien am 30. November 1980.

⁵ Der deutsche Text ist abgedruckt in der Schweiz. Kirchenzeitung 51-52 (1980) 767-782, zit. 777.

9 Vor 40 Jahren: »Endlösung der Judenfrage« Programm zur Ausrottung

Staatssekretärs-Konferenz am Berliner Wannsee, 20. Januar 1942

Von Professor Dr. Wolfgang Scheffler*

Zehntausende Juden der besetzten sowjetrussischen Gebiete waren bereits im Kugelhagel der Einsatzgruppen,

* Mit freundlicher Genehmigung seiner Redaktion entnommen aus: »Das Parlament« (32/3), Bonn, 23. 1. 1982.

[Hier nicht wiedergegeben ist die Abb.: »Auschwitz vor 40 Jahren: Ankunft eines Transportes jüdischer Bürger aus Ungarn im Lager Auschwitz. Das Bild zeigt oben die Einrichtungen des berüchtigten Arbeits- und Vernichtungslagers«].

der sie unterstützenden Ordnungspolizei und teilweise auch durch einheimische Gruppen während der ersten Phase der »Endlösung der Judenfrage« im zweiten Halbjahr 1941 getötet worden. Auch erste deutsche Juden Transporte fielen im Frühwinter 1941 unter unbeschreiblichen Umständen dem mörderischen Geschehen zum Opfer. Zu diesem Zeitpunkt hielt es Reinhard Heydrich, der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, für angebracht,

ranghohe Beamte und Funktionäre der Staats- und Parteibürokratie zu einem Treffen mit Vertretern des Himmlerschen Machtapparates einzuladen. Zum 20. Januar 1942 lud der Chef des Reichssicherheitshauptamtes die Vertreter jener Behörden in das Gebäude Am Grossen Wannsee 56/58 in Berlin ein, die von der inzwischen beschlossenen Deportierung und Vernichtung der europäischen Juden im deutschen Machtbereich in ihren Zuständigkeiten am ehesten berührt sein mussten.

Vier Staatssekretäre (Dr. Stuckart und Dr. Freisler vom Reichsinnen- und Reichsjustizministerium, Dr. Bühler als Vertreter der Regierung des Generalgouvernements, Erich Neumann, Vertreter von Görings Behörde für den Vierjahresplan), ein Unterstaatssekretär (Martin Luther als zuständiger Mann des Auswärtigen Amtes für Judenfragen) sassen neben je einem Vertreter der Reichskanzlei (Fr. W. Kritzinger) und der Parteikanzlei (Gerhard Klopfer), den Vertreter des Reichssicherheitshauptamtes (Gestapochef Heinrich Müller und Judenreferent Adolf Eichmann), denen der Sicherheitspolizei im Osten (Dr. Schöngarth aus Krakau und Dr. Lange aus Riga), sowie einem Repräsentanten des Rasse- und Siedlungshauptamtes (Gruppenführer Hoffmann) gegenüber.

Heydrichs Führungsanspruch

Die ursprünglich für Anfang Dezember 1941 geplante Besprechung war aus mehreren Gründen für Heydrich notwendig geworden. Nachdem bereits im Sommer 1941 das Todesurteil über die jüdische Bevölkerung in der Sowjetunion gesprochen worden war, brachte die Mitte Oktober 1941 einsetzende Deportation der deutschen Juden nach dem Osten (Lodz, Minsk, Kowno und Riga) Schwierigkeiten mit verschiedenen Behörden mit sich, und die teilweise sofortige Ermordung der Deportierten am Zielort hatte die Entscheidung zur Folge, in Zukunft diese Art der »Endlösung« in das Gebiet des Generalgouvernements, den »Abfallkübel« des Dritten Reiches, zu verlagern. Heydrich ging es daher vor allem darum, den Führungsanspruch der Sicherheitspolizei für *alle* Endlösungsfragen, »ohne Rücksicht auf geographische Grenzen«, klarzustellen. Dazu benötigte er u. a. die Kooperation mit dem Auswärtigen Amt, die ihm von Luther in Wannsee durch ergänzende und kommentierende Bemerkungen signalisiert wurde. Überhaupt reagierte die um Heydrich versammelte Runde überaus kooperativ, wie Eichmann, der sowohl grosse Teile der von Heydrich gehaltenen Rede vorbereitet als auch die Niederschrift über diese Sitzung, das berühmte Wannseeprotokoll, angefertigt hatte, im Jerusalemer Prozess 1961 rechtfertigend feststellte.

Nun waren die geladenen Herren nicht ohne Vorkenntnisse. Über die Tätigkeit der Einsatzgruppen hatte Heydrich seit längerem Monatsübersichten in hoher Stückzahl (80–100 Exemplare) an ausgewählte Behörden und Dienststellen verschicken lassen, deren Inhalt über die Vorgänge im Osten in aller Deutlichkeit Auskunft gaben. Das Innenministerium hatte im November 1941 jene 11. Verordnung fertiggestellt, in der der bürgerliche Tod der deutschen Juden dekretiert worden war. Das bedeutete im einzelnen: Einziehung des Vermögens und Verlust der Staatsangehörigkeit aufgrund der Deportation; die Urkunde hierüber musste in Gegenwart des Gerichtsvollziehers im Deportations-Sammellager vor Beginn der Verschleppung von den Opfern quittiert werden: das geraubte Vermögen wurde von den Finanzämtern, der »Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt« und anderen Institutionen verwertet und die Wohnungen mit Behördenempfehlung verteilt. Auch das Ostministerium besass bereits reichlich Erfahrungen über die Vorgänge: der

Massenmörder Dr. Lange, Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Riga, hatte gerade mit seinen Leuten unter unübersehbarer Beteiligung einheimischer Kräfte die Liquidierung von 30 000 lettischen Juden vollzogen, während die Zivilverwaltung sich über die Umstände der Massaker beschwert hatte.

»Restbestand« wird »behandelt«

So konnte es keine allzu grosse Überraschung für die Teilnehmer der Konferenz gewesen sein, als Heydrich, nachdem er einen Überblick über die bisherige Judenpolitik gegeben hatte, das generelle Ziel der Endlösung formulierte. Die verschachtelte Fassung hierüber im Wannseeprotokoll, das in 30 Exemplaren später verschickt wurde, war beim Kenntnisstand der Teilnehmer eindeutig und entsprach im Prinzip dem späteren Geschehen. Nachdem er die bisherigen Evakuierungsaktionen als Ausweichmöglichkeiten charakterisiert und damit mögliche Einwände des Ostministeriums über die bisherigen Vorgänge im Baltikum abgeblockt hatte, heisst es über die 11 Millionen Opfer aus den europäischen Ländern, deren endgültiges Schicksal Heydrich vor Augen hatte:

»Unter entsprechender Leitung sollen nun im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In grossen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden strassenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Grossteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird.

Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen ist. (Siehe die Erfahrung der Geschichte.)«

Diese verklausulierte Beschreibung entsprach im Grundprinzip dem späteren Geschehen, nur dass die von Heydrich auch erwähnten »Durchgangsgettos« (so im Distrikt Lublin), in welche die Juden auf ihrem »Weg nach Osten« zunächst verschleppt werden sollten, nach Fertigstellung der Lager der »Aktion Reinhard« (Belzec, Sobibor und Treblinka) sowie des Lagers Auschwitz-Birkenau wegfallen konnten. Der erwähnte »Strassenbau« war sowohl im Hinblick auf die Struktur einer ganzen zu deportierenden Bevölkerungsgruppe als auch hinsichtlich der Realitäten im Generalgouvernement und im besetzten sowjetrussischen Gebiet, auch damals erkennbar, ein übler Euphemismus.

Die Juden wollte man »selektieren«, wobei ein »Grossteil ausfallen«, d. h. getötet werden sollte. Man wollte sie mit Hilfe des Prinzips »Vernichtung durch Arbeit« dezimieren und den Rest dann ebenfalls liquidieren. Es war ein Programm der totalen Ausrottung¹.

Wer die damaligen Verhältnisse genau durchleuchtet, erkennt die Abwegigkeit der Argumente, um es milde auszudrücken, mit der einige Zeitgenossen noch heute versuchen, die angeführten Passagen des Wannseeprotokolls als gefälscht hinzustellen. Dass im übrigen die Teilnehmer der Konferenz genau wussten, worum es im Prinzip ging, kann man u. a. dem Hinweis Dr. Bühlers entnehmen, der forderte, mit der Endlösung im Generalgouvernement zu beginnen, da hier einerseits das Transportproblem keine Rolle spiele und andererseits von den in Frage kommenden 2½ Millionen Juden die Mehrzahl ohnehin »arbeitsunfähig« sei.

Ausgenommen von der »Ostevakuierung« sollten lediglich die über 65 Jahre alten Juden, Schwerekriegsbeschädigte und Juden mit Kriegsauszeichnungen sein, für die das Altersgetto Theresienstadt als Aufenthaltsort bestimmt

wurde. Schliesslich nahm die Behandlung der sogenannten Mischlinge und Mischehen einen breiten Raum in der Diskussion ein. In Betracht gezogen wurde die Zwangssterilisierung derjenigen Personen, denen man den weiteren Aufenthalt in ihrer Heimat gestatten wollte, während man für die Mischehen über die Möglichkeit einer Zwangsscheidung debattierte. Es waren Vorhaben, die auf späteren Konferenzen weiterdiskutiert wurden und die sich in der geplanten Form als undurchführbar erwiesen.

Allgemeine Zufriedenheit

Heydrich konnte nach der ca. zweistündigen Konferenz mit der Reaktion seiner Gäste auf die vorgetragenen Pläne zufrieden sein, sie war für ihn kooperativ ausgefallen. Nicht einmal das Ostministerium hatte seine Beschwerden wiederholt. Dr. Lange war umsonst nach Berlin gerufen worden. Der Chef der RSHA trank zusammen mit Gestapo-Müller und Eichmann am Kamin hinterher seinen Kognak und rauchte, was Eichmann unvergesslich blieb. Aber auch der Judenreferent des RSHA war zufrieden. Rückblickend zog er 1961 in Jerusalem in seiner Rechtfertigung folgende Bilanz: »... am Ergebnis der Wannseekonferenz, in dem Augenblick hatte ich eine Art Pilatus'sche Zufriedenheit in mir verspürt, denn ich fühlte mich bar jeder Schuld. Hier auf der Wannseekonferenz befahlen die Päpste, ich hatte zu gehorchen, und daran dachte ich in den kommenden Jahren.«

So unreflektiert einfach war das, auch im Jahre 1961. Genauso einfach wie für viele andere, die schossen, quälten, vergasteten. Über die Deportationszüge, die zum gleichen Zeitpunkt im Januar 1942 aus Deutschland bei 30 Grad Kälte nach dem Osten fuhren, zum Teil mit ungeheizten Waggons, so dass z. B. am Zielort Riga die Mehrzahl eines über 1000 Personen zählenden Transportes erfroren ankam, darüber sprach man nicht. Es waren Insassen eines Altersheimes, und der überlebende Rest brauchte, wie es in einer Nachkriegsaussage hiess, »nur über die Hecke geworfen« zu werden. Daran dachten die Herren in Berlin-Wannsee wohl kaum, denn »wo gehobelt wird, da fallen Späne« war ein geflügeltes Wort im Gestapohauptquartier.

Die Teilnehmer der Wannseekonferenz dürften ähnlich empfunden haben. Sie nahmen zustimmend vom grössten Mordprogramm der modernen Geschichte Kenntnis,

stellten Zusatzforderungen und fügten, natürlich »nur« im Rahmen ihrer Zuständigkeiten, Ergänzungen hinzu. Nach 1945 hatten die befragten überlebenden Teilnehmer der monströsen Besprechung angeblich so ziemlich alles »vergessen«. Ihre »Zuständigkeit« auf engem Gebiet dürfte für sie dann das Eichmannsche Pilatusgefühl gewesen sein.

In der historischen Erörterung der letzten Jahrzehnte sind die Vorgänge um die Wannseekonferenz, die sehr eng mit den Grundsatzentscheidungen über die Entwicklungsphasen der Endlösung zusammenhängen, zumeist recht fragmentarisch behandelt worden. Im Zusammenhang mit den abenteuerlichen Vermutungen des englischen Schriftstellers David Irving auf diesem Gebiet waren diese Vorgänge sogar Ausgangspunkt zu mehr oder minder spekulativen Erörterungen. Konfrontiert man jedoch die Entwicklung z. B. in Berlin mit dem tatsächlichen Vollzug der Verdrängungs- und Tötungsaktionen, kommt man den grundsätzlichen Entscheidungsabläufen, über die dokumentarisches Material zum Teil fehlt, wesentlich näher. Die Wannseekonferenz vor vierzig Jahren, die stattfand, als die entscheidenden Beschlüsse schon gefasst und ihre Realisierung bereits im Gange war, bildete den abschliessenden Vorgang in diesem Entwicklungsprozess.

¹ Dazu bringen wir folgende statistische Feststellung von 1933 und vom 1. 4. 1982:

Im Deutschen Reich, innerhalb der Grenzen von 1933, wohnte etwa eine halbe Million Juden. Am 1. April 1982 waren bei den jüdischen Landesverbänden und Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin 28 374 Mitglieder registriert. Diese statistischen Feststellungen geben in knapper Form die Wirkungen des nationalsozialistischen Judenmordes wieder. Die grösste Gemeinde ist zur Zeit Berlin mit 6 507 Mitgliedern. Es folgt der Landesverband Bayern mit München 5 410, Frankfurt 4 908, Nordrhein mit Düsseldorf 2 859, Landesverband Hessen 1 688, Hamburg 1 415, Baden 1 317, Köln 1 276, Westfalen 764, Württemberg 697, Rheinland-Pfalz 568, Niedersachsen 542, Saar 264, Bremen 159.

Aus: Alexander Ginsburg: »Am Vorabend der Ratstagung«, d. i. die Jahresversammlung des Zentralrats der Juden in Deutschland, in: Jüdischer Pressedienst. Informationen des Zentralrats der Juden in Deutschland, Nr. 4, Düsseldorf, Juni 1982, S. 1.

10 Gedichte als Zeugnisse der Menschenwürde Lyrik aus den nationalsozialistischen Konzentrationslagern*

»Dieses Volk wird mit dem Staube verglichen und wird mit den Sternen verglichen: sinkt es, so ist es bis in den Staub gesunken, erhebt es sich, so hat es sich bis zu den Sternen erhoben.« Talmudtraktat Megilla, 16a

In ihren 1963 veröffentlichten Aufzeichnungen »Wohin denn ich« hält Marie Luise Kaschnitz eine Erinnerung an Tage in Mailand fest, wo sie mit Bekannten in einer Cafeteria der Galleria Vittorio Emanuele Gespräche geführt hat: »Ein ... Tischgenosse zog eine Zeitung heraus, in der von einer Ausstellung von Kinderzeichnungen berichtet wurde. Die Zeichnungen waren in Theresienstadt entstanden, der Lehrer, der den Kindern Papier und Buntstifte verschafft hatte, war für diese Liebestat ermordet

worden, auch die Kinder waren eines nach dem andern ermordet worden, nur ihre ungelenten Darstellungen von gezackten Mauern, von Galgen, Särgen und Stiefelmännern, aber auch von Karussells, Kinderrollern und Apfelbäumen waren noch da ...« Die Autorin gesteht im Rückblick ihr Erschrecken über diese Notiz und bedenkt, »dass wir, du und ich, während dieser Zeit lebten, uns liebten und glücklich waren ...«

1959 hatte Hanna Volavkova (Státní Židovské Museum, Prag) eine Anthologie herausgegeben: »Kinderzeichnungen und Gedichte aus Theresienstadt 1941–1944¹« – eine Sammlung unter vielen, die vor und nach ihrer Publikation erschienen sind, die aber hauptsächlich Gedichte von

* Mit freundlicher Genehmigung der Redaktion der »Orientierung« und der Verfasserin entnommen aus: »Orientierung«. Katholische Blätter für weltanschauliche Information (46/6), Zürich, 31. 3. 1982, S. 65–68.

¹ Vgl. dazu: Kinderzeichnungen und Gedichte aus Theresienstadt, 1942–1944, hg. vom Verlag Nakaladatel'ski Orbis (Jüdisches Stadtmuseum in Prag) 1962, s. in: FrRu XV/1964, S. 151 f.